

## AFFÄREN

### Ex-Siemens-Vorstand flieht aus Griechenland

Volker Jung, früherer Siemens-Vorstand, ist offenbar aus Griechenland geflohen. Athener Behörden hatten ihn vor 17 Monaten im Land festgesetzt. Sie werfen ihm vor, in den Siemens-Schmiergeldskandal verwickelt zu sein. Am Dienstag vergangener Woche hatte ein Athener Untersuchungsrichter den Antrag des 71-Jährigen, das Land verlassen zu dürfen, erneut abgelehnt. Jung, der sich zuletzt in seinem Ferienhaus auf der Kykladeninsel Paros aufhielt, soll daraufhin abgetaucht sein. Wo der Ex-Manager sich derzeit aufhält, ist unklar. Jung war bis September 2003 Verwaltungsratschef bei der Landesgesellschaft Siemens Hellas und soll, so vermuten griechische Fahnder, von Bestechungspraktiken gewusst haben. Nach Erkenntnissen deutscher Ermittler hat Siemens in Griechenland zwischen 1997 und 2007 mindestens hundert Millionen Euro Schmiergeld gezahlt, um



Jung

an Aufträge zu kommen. Das Geld soll an Geschäftspartner, Militärs und Politiker der beiden großen Parteien geflossen sein. Jung hatte immer betont, er habe von solchen Zahlungen nichts gewusst. Die Münchner Staatsanwaltschaft konnte bei ihren Ermittlungen im Siemens-Schmiergeldskandal dem früheren Vorstandsmitglied keinerlei Verwicklungen nachweisen. Nach Ansicht ehemaliger Kollegen war Jung für die Griechen ein Faustpfand. Die Athener Staatsanwaltschaft hätte gern den früheren Siemens-Landeschef Michael Christoforakos zurrück, der sich vor eineinhalb Jahren nach Deutschland abgesetzt hatte – und bislang nicht ausgeliefert werden konnte. Jung hatte immer betont, er sei bereit, Kautions zu zahlen, und stehe der griechischen Justiz jederzeit zur Verfügung, wenn er das Land verlassen dürfe. Sein Münchner Anwalt, Andreas von Máriaßy, wollte sich auf SPIEGEL-Anfrage nicht äußern.

## MENSCHENRECHTE

### Grüne nehmen Manager ins Visier

Unternehmen und Manager, die bei ihren Geschäften im Ausland Menschenrechte verletzen, sollen künftig auch nach deutschem Zivil- und Wirtschaftsrecht haftbar gemacht werden. Das sieht ein Leitantrag des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck vor, der beim am Freitag beginnenden Parteitag in Freiburg beschlossen werden soll. Darin machen sich die Grünen für umfassende Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch, aber auch im deutschen und europäischen Wirtschaftsrecht stark. Bei Schadensersatzansprüchen soll die Beweislast für Opfer von Menschenrechtsverletzungen künftig vereinfacht werden. Zu den Sorgfaltspflichten würde künftig auch der Schutz von Umwelt und Menschenrechten gehören. Bei der Vergabe von Exportbürg-



Kinderarbeit in Usbekistan

## IMMOBILIEN

### Bund zahlt für Bonner Pleiteprojekt

Die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn kann weiter auf Unterstützung prominenter Bundespolitiker zählen. Wie aus dem Entwurf des Bundeshaushalts hervorgeht, soll eine künftige Fertigstellung des inzwischen insolventen World-Conference-Center-Projekts aus den Etats mehrerer Ministerien mit 14 Millionen Euro unterstützt werden. So stellt das Außenministerium 2 Mil-

lionen Euro zur Verfügung, das Umweltressort gar 4 Millionen, um die Bauruine zu retten. Sowohl Außenminister Guido Westerwelle (FDP) wie auch Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) haben ihren Wahlkreis in Bonn beziehungsweise im Umland. Beide Ressorts wollen die für das Konferenzzentrum zugesagten Mittel in ihrem Haushalt an anderer Stelle einsparen. Das World Conference Center gilt als eines der zentralen Zukunftsprojekte Bonns. Weil das Geld für das inzwischen 200 Millionen Euro teure Projekt fehlt, wird seit einem Jahr nicht mehr weitergebaut. Röttgen verteidigt die Geldspritze mit Blick auf die Rolle Bonns als Standort einiger Organisationen der Uno. „Es war dringend geboten, den Uno-Einrichtungen die notwendigen und zugesagten Tagungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu gewähren.“



World Conference Center in Bonn

schaften durch die Bundesregierung wollen die Grünen künftig eine „menschrechtliche Risikoanalyse“ zur Voraussetzung machen. „Auch deutsche Unternehmen oder deren Tochtergesellschaften sind an Menschenrechtsverletzungen weltweit beteiligt. Derzeit läuft eine Klage gegen Daimler und Rheinmetall wegen der Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime“, sagt Beck. Rechtsunverbindliche Beschwerdeverfahren und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft hätten bislang nicht die erhoffte Abschreckungswirkung gehabt.